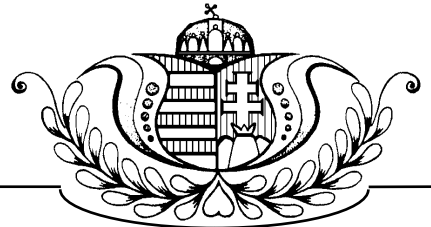


# Bund Ungarischer Organisationen in Deutschland e.V.

## Németországi Magyar Szervezetek Szövetsége

Mitglied im Bund Ungarischer Landesverbände in Westeuropa

A Nyugat-Európai Országos Magyar Szervezetek Szövetségének tagja



An die Abgeordneten des Deutschen Bundestages

Dr. Kornél Klement  
Vorsitzender  
Ringstr.16  
63128 Dietzenbach

Dr. Ákos Barcsay  
Vorstandsmitglied  
Löwenstr. 34  
63067 Offenbach

15. März 2012

### Offener Brief

Sehr geehrtes Mitglied des Bundestages,

seit Monaten steht Ungarn im Brennpunkt der öffentlichen Berichterstattung. Unserer Meinung nach ist vieles von dem, was zu hören und zu lesen ist, unrichtig, übertrieben und oft polemisch. Aus Interesse an einer sachlichen Diskussion und aus Protest gegen eine große Zahl von Fehlinformationen in den Medien, besonders in Deutschland, schicken wir Ihnen den offenen Brief des Bundes Ungarischer Organisationen in Deutschland an unsere Freunde und Mitbürger.

Wir wenden uns mit unserem Anliegen an Sie, weil wir hoffen, dass Sie uns, die wir ein wichtiges Sprachrohr der in Deutschland lebenden Ungarn und der Deutschen mit ungarischen Wurzeln sind, die Möglichkeit geben, unseren Standpunkt darzulegen. Wir denken, dass Sie und unsere Mitbürger das Recht haben, auch die Stimme der hier lebenden Ungarn in dieser Angelegenheit zu vernehmen, um sich ein besseres Bild machen zu können.

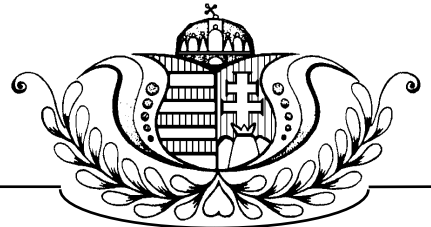
Die ungarische Volksgruppe, die mehr als 120.000 Menschen zählt, ist in Deutschland bestens integriert. Ihre Mitglieder sind in Deutschland zu Hause, leben hier sehr gerne und stellen gleichzeitig loyale und wertvolle Bürger des deutschen Gemeinwesens dar. Die Bewahrung der ungarischen Sprache und Kultur sowie die Pflege der persönlichen Beziehungen zu den Menschen im Karpatenbecken ist jedoch ein wichtiges Anliegen. Dabei leitet uns die Überzeugung, dass wir damit zur Entwicklung der deutschen und der ungarischen Gesellschaft einen wertvollen Beitrag leisten.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüßen

Dr. Akos Barcsay  
Vorstandsmitglied

Dr. Kornél Klement  
Vorsitzender

# Bund Ungarischer Organisationen in Deutschland e.V.



## Németországi Magyar Szervezetek Szövetsége

Mitglied im Bund Ungarischer Landesverbände in Westeuropa

A Nyugat-Európai Országos Magyar Szervezetek Szövetségének tagja

### Offener Brief des Bundes Ungarischer Organisationen in Deutschland (BUOD)

Liebe Mitbürger, liebe Freunde,

seit geraumer Zeit erleben wir, in Deutschland lebende Ungarn und deutsche Staatsbürger ungarischer Herkunft, eine gegen Ungarn und seine Regierung gerichtete Medienberichterstattung von bisher ungekanntem Ausmaß. Auch werden wir häufig von besorgten Mitbürgern angesprochen, die in Anbetracht der Flut meist einseitiger Meldungen und Kommentare verständlicherweise verunsichert sind. Immer wieder müssen wir feststellen, dass sachliche Kritik in diesem Zusammenhang leider eine Seltenheit ist. Stattdessen wird durch diffuse Verdächtigungen und Unterstellungen ein Klima des Misstrauens geschaffen. Tatsachen spielen hierbei eine untergeordnete Rolle. Völlig unzutreffende Schlagworte, Verallgemeinerungen, der Rassismusverdacht und an den Haaren herbeigezogene historische und aktuell politische Vergleiche werden bemüht, um die mit überwältigender Mehrheit demokratisch gewählte bürgerlich-christliche ungarische Regierung und auch den größten Teil der ungarischen Wähler in die rechtsradikale, totalitäre Ecke zu rücken. Dies offenbart nicht nur eine völlige Unkenntnis des ungarischen Parteienspektrums, es ist auch zutiefst beleidigend, wenn man dem Freund und Bündnispartner, die demokratische Gesinnung abspricht und nicht glauben möchte, dass für ihn die europäische Werteordnung zur fundamentalen Grundüberzeugung gehört.

In einer aufgeheizten Atmosphäre ist konstruktive Kritik mehr denn je gefragt, das verlangt aber eine präzise Informationsbeschaffung, denn viele Fakten, die wir täglich lesen und hören müssen, sind schlichtweg falsch oder schon an Peinlichkeit grenzend böse verdreht. Ungarn ist eine lebendige Demokratie, in der Regierung und Opposition in der Innenpolitik temperamentvoll, durchaus mit harten Bandagen spielen und laut streiten, was sich - trotz aller gegenteiligen Behauptungen - auch in den dortigen Medien voll widerspiegelt.

Indem die ungarische Politik ständigen Verurteilungen und Diffamierungen ausgesetzt wird, entsteht ein unausgewogenes, verzerrtes Bild, das auch die internationale Politik beeinflusst. Wenn jetzt die EU gegenüber Ungarn und seiner pro-europäisch gemäßigten Regierung Härte zeigen will, erreicht sie genau das Gegenteil: Sie stärkt dadurch den antieuropäischen rechten Rand in Ungarn.

Ungarn befindet sich immer noch im Umbruch. Es sucht nach vierzig Jahren kommunistischer Diktatur seinen Weg, mit der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft umzugehen. Selbstverständlich werden dabei auch Fehler gemacht, aber der Wille in einem vereinten Europa eine aktive, selbstbewusste Rolle zu spielen und dabei auch seine eigenen Interessen zu vertreten, darf nicht mit Nationalismus gleichgesetzt werden. Es darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden: Was Frankreich, Großbritannien und die anderen EU-Staaten dürfen, soll auch Ungarn zugestanden werden.

Wir bitten daher unsere Freunde und Mitbürger, die Entwicklung in Ungarn mit Augenmaß und gleichzeitig kritisch zu begleiten, aber ebenso Distanz zu der ganz offensichtlich überzogenen und verletzenden Polemik zu wahren, mit der wir alle in der letzten Zeit geradezu überschüttet werden. Ungarn ist und bleibt ein offenes und freiheitsliebendes Land. Wir Ungarn in Deutschland bzw. Deutsche mit ungarischen Wurzeln fordern eine Versachlichung der Diskussion als Voraussetzung für eine fundierte und dauerhafte Beziehung. Nur so können wir der langjährigen deutsch-ungarischen Freundschaft gerecht werden.

Mit besten Grüßen

Der Vorstand des Bundes Ungarischer Organisationen in Deutschland (BUOD), 22. Februar. 2012

Aktuelles / Bundestag aktuell  
22.03.2012

Dr. Johann David Wadephul CDU-CSU

Die europäischen Institutionen sollten einschreiten, wenn es nötig ist  
Rede zu Grundwerten und Grundrechten in Ungarn

16.b) Beratung BeschlEmpf u Ber (21.A)

zum Antrag SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Das ungarische Mediengesetz - Europäische Grundwerte und Grundrechte verteidigen

- Drs 17/4429, 17/8710 -

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihre Einleitung, Herr Kollege Roth, hat gezeigt, dass Sie in einer Rechtfertigungssituation sind. Sie haben sich selber in diese Sackgasse hineingeritten, und wir werden Ihnen nicht heraushelfen. Es ist vollkommen klar, dass wir in Europa uns unter Freunden bewusst sind, was wir miteinander gemeinsam haben. Mit den Ungarn haben wir Deutsche sehr viel gemeinsam. An allererster Stelle sind wir ihnen für das dankbar, was sie 1989 geschafft haben. Sie haben den Eisernen Vorhang durchgeschnitten und eine entscheidende Voraussetzung dafür geschaffen, dass der Eisernen Vorhang fallen konnte und dass Deutsche von Deutschland Ost nach Deutschland West kommen konnten. Dafür sind wir den Ungarn nach wie vor dankbar.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Wir auch!)

In diesem Geiste sollten wir die Diskussion hier miteinander führen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – -Stefan Liebich [DIE LINKE]: Das rechtfertigt doch nicht alles! – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen wir ja auch, Herr Wadephul!)

Das schließt nicht aus, dass insbesondere dazu berufene Organisationen auf europäischer Ebene auch die Mitgliedstaaten kritisch beurteilen, wie das gang und gäbe in der Europäischen Union ist, wie das jetzt auch die EU-Kommission gegenüber Ungarn mit einigen Vertragsverletzungsverfahren, die sie angekündigt hat, gemacht hat und wie wir alle das erleben können. Die Bundesrepublik Deutschland hat das schon erlebt. Ich hoffe nicht, dass es bei der Vorratsdatenspeicherung dazu kommt. Wir unternehmen Anstrengungen, damit es nicht geschieht. Das ist ganz normal. Dass sich alle Mitgliedstaaten immer wieder an den europäischen Werten messen lassen müssen und dass man darauf aufmerksam macht, ist klar. Dass auch die Venedig-Kommission Punkte in Ungarn kritisiert hat, ist auch vollkommen klar. Als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates freue ich mich darüber. Auch das ist eine Institution, die dazu da ist, so etwas zu kritisieren und Punkte anzusprechen.

Wofür wir hier im Deutschen Bundestag aber nicht da sind – das ist der Fehler, den die Opposition hier macht, Herr Kollege Roth –, ist: Wir sind nicht die bessere ungarische Opposition. Das ist nicht unsere Aufgabe. Wir machen hier nicht ungarische Innenpolitik und verteilen, wie Sie es gerade gemacht haben, Zensuren dafür, was Herr Orban jetzt gerade richtig oder falsch macht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Ich will Ihnen etwas vorhalten. Wir haben heute ein Schreiben des Bundes Ungarischer Organisationen in Deutschland, der mehr als 120 000 Mitglieder hat, bekommen.**

**(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können Sie uns das vielleicht zuleiten, Herr Wadephul? – Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: 120 000 Mitglieder, das gibt es gar nicht!)**

**Darin werden wir ganz herzlich auf Folgendes aufmerksam gemacht – ich erlaube mir, mit Ihrer**

freundlichen Genehmigung, Frau Präsidentin, zu zitieren –:

**Völlig unzutreffende Schlagworte, Verallgemeinerungen, der Rassismusverdacht und an den Haaren herbeigezogene historische und aktuell politische Vergleiche werden bemüht, um die mit überwältigender Mehrheit demokratisch gewählte bürgerlich-christliche ungarische Regierung und auch den größten Teil der ungarischen Wähler in die rechtsradikale, totalitäre Ecke zu rücken. Dies offenbart nicht nur eine völlige Unkenntnis des ungarischen Parteienspektrums, es ist auch zutiefst beleidigend, wenn man dem Freund und Bündnispartner die demokratische Gesinnung abspricht und nicht glauben möchte, dass für ihn die europäische Werteordnung zur fundamentalen Grundüberzeugung gehört.**

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Wadephul, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung des Kollegen Sarrazin?

Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU):

Ja.

**Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

**Frau Präsidentin! Verehrter Kollege Wadephul, zunächst muss ich Ihnen leider mitteilen, dass dieser Brief uns bisher nicht erreicht hat. Es wäre sicherlich freundlich, wenn Sie ihn uns zustellen könnten. Es ist auch interessant, dass Sie hier die Botenrolle übernehmen, statt uns Ihre eigenen Formulierungen vorzutragen.**

Ich möchte Sie aber doch fragen, wie Sie vor dem Hintergrund Ihrer Ausführungen hinsichtlich der Rolle des Deutschen Bundestags als neuer Opposition die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachenummer 17/8709 bewerten. Hier steht:

Die Bundesregierung hat wiederholt ihrer Sorge über die innenpolitischen Entwicklungen in der - Republik Ungarn Ausdruck verliehen, so zuletzt der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, ... und der Sprecher der Bundesregierung

usw. usf.

(Beifall beim BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Ich fahre weiter unten fort:

Die Bundesregierung begrüßt ausdrücklich, dass die Europäische Kommission erklärt hat, ihre Prüfung nicht auf gesetzestechnische Details zu beschränken, sondern die europäischen Grundwerte in diese Prüfung einzubeziehen.

Ist damit die schwarz-gelbe Bundesregierung die bessere ungarische Opposition?

(Beifall bei der SPD)

Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU):

**Nein, das ist sie nicht, lieber Herr Kollege Sarrazin. Ich werde Ihnen gerne diesen offenen Brief zur Verfügung stellen, der heute in meinem Büro eingegangen ist. Ich weiß nicht, wie der Verteiler aussah. Ich glaube, es ist sinnvoll, dass Sie einbezogen werden und davon auch Kenntnis nehmen; da stehen nämlich noch weitere interessante Dinge drin.**

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Das ist eine absurde Einlassung!)

Ich habe vorhin ganz klar gesagt – ich habe auch nichts von dem zurückzunehmen, was vorher von der Bundesregierung gesagt wurde –, dass natürlich Punkte angesprochen werden können. Aber in der Art und Weise, wie das mit Ihrem neuerlich vorgelegten Katalog passiert, in dem einzelne politische Projekte aus der ungarischen Innenpolitik dezidiert herausgegriffen werden, geht das nicht. Außerdem wollen Sie, dass sich der Deutsche Bundestag zu diesen einzelnen Punkten eine Meinung bildet, und versuchen, uns zu überreden, dem auch noch zuzustimmen. Das hieße ja, dass wir hier ungarische Innenpolitik

betrieben. Dazu sind wir nicht da. Das lehne ich nach wie vor klar ab, lieber Herr Sarrazin.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Uwe Kekeritz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Unsinn!)

Ich bin vielmehr der Auffassung – um das fortzusetzen –, dass die Ungarn selber sehr gut in der Lage sind, ihre Sachen miteinander zu besprechen und zu klären und auch in den Institutionen einer Lösung zuzuführen. Was Sie verschwiegen haben – auch der Kollege Roth hat bedauerlicherweise vergessen, darauf einzugehen –, ist, dass das, was der vormalige Staatsminister des Auswärtigen Amtes Hoyer hier zum Mediengesetz angesprochen hat, mittlerweile durch eine Entscheidung des ungarischen Verfassungsgerichtes weitgehend erledigt ist; denn viele Regelungen, über die man in der Tat – das hat Herr Hoyer vollkommen zu Recht getan – kritisch denken und die man auch infrage stellen konnte, sind mittlerweile durch das ungarische Verfassungsgericht für unwirksam erklärt worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist wirklich nicht unsere Angelegenheit, uns in dieser Art und Weise einzumischen. Wir sollten vielmehr zur Kenntnis nehmen, was die Ungarn selber geschafft haben und -erreicht haben – und das ist gut so.

Im Übrigen hat sich beispielsweise die im ungarischen Mediengesetz enthaltene Vorschrift der sogenannten Ausgewogenheit der Berichterstattung – das ist ja auch ein Punkt, den wir hier alle miteinander sehr kritisch gesehen haben – mittlerweile so ausgewirkt, dass auch die Regierungspartei darunter gelitten hat. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen wurde im Juni 2011 von der Medienaufsicht zu einer Geldbuße verurteilt, weil in ihm die Meinung der Regierungspartei zu stark zur Geltung gekommen ist. Das ist also eine Angelegenheit, bei der durchaus Ausgewogenheit herrscht.

Man kann die ungarische Mediengesetzgebung, die nicht unseren Wertvorstellungen hundertprozentig entspricht – das ist ja vollkommen klar –

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die vom ungarischen Verfassungsgericht gekippt wurde!)

– Sie müssen auch einmal darüber reden, was vorher in den ungarischen Medien los gewesen ist. Jeden Tag wurde Gewaltverherrlichung bis hin zur Pornografie in einem großen Ausmaß ausgestrahlt.

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Das ist doch kein Grund!)

– Herr Kollege, wir haben doch auch in Deutschland eine Medienaufsicht.

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Zum Glück nicht so eine!)

Wir bekennen uns doch bei aller Medienfreiheit auch in Deutschland dazu, dass nicht jedes Kleinkind schon Gewaltfilme und Pornografie im Vorabendprogramm sehen soll. Das gehört ebenfalls zu unserem Kulturgut. Gleiches muss doch auch in Ungarn möglich sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt beleidigen Sie aber Ungarn und das Vorabendprogramm in Ungarn!)

Herr Kollege Roth, Sie haben sich selber des Fehlers geziehen, dass Sie sich um Italien nicht schon früher gekümmert haben. Sie hätten sich aber – diese Einsicht habe ich bei Ihnen vermisst – schon früher um Ungarn kümmern müssen. Was ist nämlich in Ungarn los gewesen? In Ungarn hat eine sozialistische Regierung das Land in den Bankrott gewirtschaftet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Da waren Sie gar nicht im Parlament!)

– Ich sage Ihnen, dem europapolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, dass diese Regierung in Ungarn die EU-Kommission nach Strich und Faden belogen hat. Ich erinnere an die berühmte Balaton-Rede des früheren sozialistischen ungarischen Ministerpräsidenten. Darauf haben Sie im Deutschen Bundestag überhaupt nicht reagiert. Auf dem Auge waren Sie blind.

(Dr. Eva Högl [SPD]: Was hat das mit dem Thema zu tun?)

– Frau Kollegin, angesichts der Tatsache, dass man in der Vergangenheit nicht reagiert hat, kann man sich heute nicht als der große Ankläger hinstellen. Sie hätten schon früher einschreiten müssen. Jetzt sieht es sehr danach aus, dass Sie sich über das Wahlergebnis ärgern.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Das eine ist konkrete Politik, und das andere sind Verfassungsrechte! Da gibt es Unterschiede!)

Es hat eine klare Mehrheit für diese Regierung in Ungarn gegeben. Sie sollte sich an europäischen Werten orientieren. Die europäischen Institutionen sollten einschreiten, wenn es nötig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – -Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ein Maulkorb für das Auswärtige Amt!)



**Manuel Sarrazin**  
Mitglied des Bundestages  
Mitglied im Europaausschuss

Manuel Sarrazin, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

An den  
Bund Ung. Organisationen in Deutschland e.V

z.H. Dr. Kornél Klement

Ringstraße 16  
63128 Dietzenbach

Berliner Büro  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
☎ (030) 227 – 71736  
☎ (030) 227 – 76737  
✉ manuel.sarrazin@bundestag.de

Wahlkreis  
Burchardstraße 21  
20095 Hamburg  
☎ (040) 303 858 - 96  
☎ (040) 303 858 - 99  
✉ manuel.sarrazin@wk.bundestag.de

🌐 [www.manuel-sarrazin.de](http://www.manuel-sarrazin.de)

Berlin, 30.03.2012

## **Offener Brief des Bundes Ungarischer Organisationen in Deutschland**

Sehr geehrter Herr Barcsay,  
sehr geehrter Herr Klement,

als europapolitischer Sprecher meiner Fraktion möchte ich Ihnen im Namen der gesamten Fraktion auf ihren Brief vom 15. März 2012 antworten.

In diesem Brief kritisieren sie die Medienberichterstattung in Deutschland, die sich in einem bisher unbekanntem Ausmaß gegen Ungarn und seine Regierung richtet. Sie fordern eine Versachlichung der Diskussion, mehr Augenmaß und eine präzise Informationsbeschaffung. In ihrer Analyse stimme ich Ihnen zu. Einige Zeitungsberichte generalisieren, sind zugespitzt oder geben falsche Tatsachen wieder. Das habe ich immer wieder kritisch angemerkt.

Zur Wahrheit gehört aber leider auch, dass es der Informationspolitik von Ministerpräsident Orbán und der ungarischen Regierung in einzelnen Fällen an Klarheit und leider auch an Korrektheit fehlt. Dazu zählen Äußerungen Viktor Orbáns in Ungarn, die sich nicht mit Ankündigungen gegenüber der Europäischen Kommission decken. Dazu zählen auch falsche bzw. lückenhafte englische Übersetzungen einiger Gesetze, die die ungarische Regierung der Europäischen Kommission vorgelegt hat. Diese Fälle sind von Kim Schempele eindrücklich dargelegt worden (<http://krugman.blogs.nytimes.com/2012/01/21/hungary-misunderstood/>). Sie stimmen mir sicherlich zu, dass auch das nicht einer Versachlichung der Debatte dient.

Meine Fraktion hat zusammen mit der SPD einen Antrag in den Bundestag eingebracht, in dem wir unsere Bedenken bezüglich der Vereinbarkeit der geänderten Rechtsordnung in Ungarn mit den Grundwerten und –rechten der EU äußern. Dieser Antrag ist eine Aufforde-



rung zu einem fairen und offenen Dialog mit der ungarischen Regierung. Grundlage sollen nicht unterschiedliche Informationen, fehlerhafte Berichterstattung und Unkenntnis sein. Grundlage soll ein umfassender Bericht einer unabhängigen Stelle zu allen Änderungen der ungarischen Rechtsordnung sein.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir die partiellen Überprüfungen durch die Kommission der Europäischen Union und auch durch die Venedig-Kommission des Europarats. Teilweise wurden diese Berichte von der ungarischen Regierung selbst angefordert. Das freut uns sehr.

Für meine Fraktion kann ich behaupten, dass wir die Entwicklungen in Ungarn mit Augenmaß aber gleichzeitig kritisch begleiten.

Ungarn und Deutschland verbindet eine 20jährige Freundschaft. Auf diesem festen Fundament, muss die Äußerung von Sorge um Grundwerte und –rechte in Ungarn möglich sein. Das ist keine Kritik an der ungarischen Bevölkerung – wir äußern unsere Sorge aus Verbundenheit zur ungarischen Bevölkerung.

Für weitere Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit herzlichen Grüßen,





## MICHAEL ROTH

Europapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion  
Vorsitzender der SPD-Landesgruppe Hessen  
Generalsekretär der SPD Hessen

Michael Roth MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

Herrn  
Dr. Kornél Klement  
Ringstr. 16

63128 DIETZENBACH

### Deutscher Bundestag

Platz der Republik  
11011 Berlin  
Telefon 030 227 75 339  
Telefax 030 227 76 502  
E-Mail michael.roth@bundestag.de  
Ansprechpartner  
Christian Heydecker  
Christian Kiel  
Maik Schuparis

### Bürgerbüro Bad Hersfeld

Bahnhofstraße 5  
36251 Bad Hersfeld  
Telefon 06621 50 65 30  
Telefax 06621 41 200  
E-Mail michael.roth@wk.bundestag.de

### Bürgerbüro Eschwege

Vor dem Brückentor 5 b  
37269 Eschwege  
Telefon 05651 32 972  
Telefax 05651 32466

Internet [www.michaelroth.eu](http://www.michaelroth.eu)

Berlin, 30. März 2012

Sehr geehrter Herr Dr. Klement,

den offenen Brief des Bundes Ungarischer Organisationen in Deutschland e.V. an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages habe ich erhalten. Als europapolitischer Sprecher und zuständiger Berichterstatter für Ungarn antworte ich Ihnen gerne stellvertretend für meine Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Bundestagsfraktion.

Die deutsch-ungarische Freundschaft ist mir seit vielen Jahren ein Herzensanliegen und aus vielen persönlichen Besuchen und Gesprächen mit Vertretern der Regierung und der Zivilgesellschaft kenne ich das Land sehr gut. Daher teile ich Ihre Sorge über die Nachrichten, die uns in diesen Wochen und Monaten aus Ungarn erreichen. Meine Sorge gilt allerdings weniger der Medienberichterstattung in Deutschland, sondern vielmehr den innenpolitischen Entwicklungen in Ungarn. Seit den ungarischen Parlamentswahlen im April 2010 hat das Parteienbündnis aus Fidesz und KDNP mit seiner Zweidrittelmehrheit über 360 Gesetze und eine neue Verfassung verabschiedet. Teile dieser Regelungen sehe ich im Konflikt mit den europäischen Verträgen und der Grundrechtecharta, zu denen sich Ungarn mit seinem Beitritt zur Europäischen Union ausdrücklich bekannt hat. Zudem widerspricht der grundlegende Umbau der staatlichen Strukturen mit dem Ziel, einer Regierungspartei langfristig den politischen Einfluss zu sichern, meinem Verständnis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Unbestritten ist, dass die ungarische Regierung durch freie Wahlen demokratisch legitimiert ist, doch das rechtfertigt noch lange nicht jede ihrer politischen Handlungen. Eine Regierung, die sich im Parlament auf eine Zweidrittelmehrheit stützen kann, trägt in einer Demokratie immer eine besondere Verantwortung für die Wahrung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundprinzipien. Das erwarten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch von Viktor Orbán und seiner Regierung.

Angesichts meiner langjährigen Verbundenheit mit Ungarn liegt auch mir viel an der von Ihnen eingeforderten sachlichen Debatte auf der Grundlage von Fakten und Tatsachen. Pauschale Verurteilungen und überzogene Polemik helfen bei der Beilegung der derzeit diskutierten Probleme nicht weiter! Deswegen haben die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen kürzlich einen gemeinsamen Antrag zum Thema „Ehrlicher Dialog über europäische Grundwerte und -rechte“ in den Bundestag eingebracht, in dem wir die aktuellen Probleme kritisch, aber sachlich thematisieren.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Nowak



**Joachim Spatz**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Joachim Spatz MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Herrn  
Dr. Kornél Klement  
Vorsitzender  
Bund Ungarischer Organisationen in  
Deutschland e.V.  
Ringstr. 16  
63128 Dietzenbach

Berlin, 04.04.2012  
Bezug: Ihr Schreiben vom 15. März  
2012 an die Abgeordneten des  
Deutschen Bundestages  
Anlagen:

Europapolitischer Sprecher  
der FDP-Bundestagsfraktion

Mitglied im Ausschuss für die  
Angelegenheiten der Europäischen  
Union

Mitglied im Verteidigungsausschuss

**Joachim Spatz MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Jakob-Kaiser-Haus  
Raum: 5.621 – 5.625  
Telefon: +49 30 227-73259  
Fax: +49 30 227-76736  
joachim.spatz@bundestag.de  
www.joachim-spatz.de

**Wahlkreisbüro Joachim Spatz MdB**  
Textorstraße 24/26  
97070 Würzburg  
Telefon: +49 931 13374  
Fax: +49 931 50919  
joachim.spatz@wk.bundestag.de

Sehr geehrter Herr Dr. Klement, sehr geehrter Herr Dr. Barcsay,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, zu dem ich in meiner Eigenschaft als europapolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und Berichterstatter zu Ungarn im Namen meiner liberalen Kolleginnen und Kollegen gerne Stellung nehme.

Der Vorstand des Bundes Ungarischer Organisationen in Deutschland (BUOD) kritisiert in dem uns beigelegten offenen Brief meiner Ansicht nach völlig zu Recht die zum Teil schwer erträglichen Verallgemeinerungen von Seiten gewisser Kreise, die in der Tat dazu geeignet sind, ein „Klima des Misstrauens“ in unserer Gesellschaft gegenüber Ungarn zu schaffen. Als FDP-Bundestagsfraktion nehmen wir für uns in Anspruch, uns an solchen Pauschalisierungen nicht beteiligt zu haben.

Wir haben immer betont, dass die historisch gewachsene Verbindung zwischen unseren Ländern stets vom Grundgedanken der deutsch-ungarische Freundschaft getragen werden muss. Die langjährige enge und gute Beziehung fußt auf zahlreichen vertrauensvollen Begegnungen zwischen Deutschen und Ungarn und den dabei erlebten positiven Erfahrungen. Gerade das Handeln der Ungarn im für Deutschland und Europa so bedeutenden Herbst 1989 hat dafür gesorgt, dass das Land einen besonderen Platz im Herzen vieler Deutscher einnimmt und maßgeblich zur Etablierung der engen deutsch-ungarischen Beziehungen beigetragen hat.

Diesen Anspruch nehmen wir ernst und halten es daher für angemessen, Kritik nicht pauschal sondern in der Sache differenziert vorzubringen und Missstände gegebenenfalls offen anzusprechen. Dazu gehört, wie Sie treffenderweise feststellen, dass man sich präzise informiert, um einen Standpunkt einnehmen und ausgewogen argumentieren zu können.



Wie sehen die Fakten aus? Wie Sie wissen, laufen gegen Ungarn auf europäischer Ebene derzeit drei verschiedene Vertragsverletzungsverfahren sowie ein davon zu trennendes Defizitverfahren. Letzteres ist die Konsequenz der Anwendung einer erneuerten Philosophie der Stabilitätskultur in Europa. Ungarn hat im achten Jahr in Folge die verabredeten Stabilitätskriterien verletzt, damit hält das Land seit dem ungarischen EU-Beitritt die verabredete Verschuldungs-Obergrenze nicht ein. Die bislang ergriffenen Maßnahmen sind nach Ansicht der Europäischen Kommission nicht dazu geeignet, dass strukturelle Defizit im ungarischen Haushalt nachhaltig zu verringern. Daher wurde das Land dazu aufgerufen, noch stärkere Anstrengungen in Richtung Konsolidierung zu unternehmen. Anderenfalls werden EU-Fördergelder in nicht unerheblichem Umfang einbehalten und ab dem 01. Januar 2013 eingefroren. Ungarn kann die Strafe noch abwenden - wenn es bis September neue Sparmaßnahmen vorlegt. Die europäischen Finanzminister werden im Rahmen des ECOFIN im Juni 2012 erneut über die Lage beraten und die Sperrung der Gelder voraussichtlich wieder aufheben, sofern die Bedingungen erfüllt werden.

Strikt davon zu unterscheiden sind die oben bereits angesprochenen Vertragsverletzungsverfahren. Die drei Dossiers zu den Themenkomplexen Nationalbank, Justizreform und Datenschutzbehörde sind eröffnet und befinden sich in jeweils unterschiedlichen Stadien. Beim Thema Notenbank hat Ungarn, in Reaktion auf die Einlassungen der Europäischen Kommission, bemerkenswerte Schritte im Sinne einer Korrektur der vorab kritisierten Gesetzgebung unternommen, weshalb von Seiten der Kommission auf die Aktivierung der 2. Stufe im Vertragsverletzungsverfahren verzichtet wurde. Anders ist der Fall in den anderen Themenbereichen gelagert. Die Europäische Kommission hat zu beiden Komplexen am 07. März 2012 eine begründete Stellungnahme abgegeben und festgestellt, dass die ungarische Gesetzgebung mit der Diskriminierungs- bzw. Datenschutzrichtlinie nicht vereinbar sei. Die ungarische Seite hat nun bis zum 07. April 2012 Gelegenheit, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen oder Änderungen an den monierten Regelungen herbeizuführen.

Wir unterstützen die Europäische Kommission als Hüterin der europäischen Verträge ausdrücklich in ihrem originären Auftrag, dem gemeinsam verabschiedeten europäischen Recht zur Durchsetzung in der Europäischen Union zu verhelfen.

Im Rahmen meiner parlamentarischen Arbeit stehe ich gleichzeitig in regelmäßigem Austausch mit der ungarischen Seite, sei es mit ungarischen Parlamentariern, Mitgliedern der



Regierung oder dem ungarischen Botschafter in Berlin. Ich halte es für äußerst wünschenswert, bei den derzeit laufenden Verfahren eine Lösung auf dem Verhandlungsweg zu erreichen und entsprechende Ergebnisse zu erzielen. Damit dokumentieren wir unseren Anspruch der deutsch-ungarischen Freundschaft auch weiterhin gerecht zu werden, verbunden mit dem Ziel, unsere fundierten Beziehungen noch weiter zu stärken.

Fest steht, und das muss auch klar und deutlich von uns kommuniziert werden: Kritik an den Maßnahmen und der Rhetorik der ungarischen Regierung ist keine Einmischung in die innerstaatlichen Angelegenheiten Ungarns oder gar eine Vorverurteilung der dort lebenden Menschen. Gerade unter Freunden ist es erlaubt, ja geboten, kritische Punkte offen anzusprechen. Genau das leistet die Europäische Kommission, indem sie potentielle Missstände in Ungarn identifiziert und diese von uns in aller Offenheit und Freundschaft mit unseren ungarischen Partnern thematisiert werden. Die Forderung der Europäischen Kommission gemeinsam definierte Standards etwa im Medienrecht, der Wahlgesetzgebung oder im Justizwesen einzuhalten ist legitim; wenn wir uns diesem Appell anschließen, heißt das nicht, dass wir unseren ungarischen Freunden und Bündnispartnern die demokratische Gesinnung absprechen, sondern einen offenen und sachlichen Dialog mit ihnen führen, im Sinne unserer gemeinsamen demokratischen Zukunft in einem vereinigten Europa.

Mit freundlichen Grüßen



Joachim Spatz MdB

Europapolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion



**ERIKA STEINBACH**

MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES  
SPRECHERIN FÜR MENSCHENRECHTE UND HUMANITÄRE HILFE  
DER CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION

Herrn  
Vorsitzenden  
Dr. Kornél Klement  
Bund Ungarischer Organisationen in  
Deutschland e.V.  
Ringstraße 16

63128 Dietzenbach

DEUTSCHER BUNDESTAG

PLATZ DER REPUBLIK 1

11011 BERLIN

BÜRO: JAKOB-KAISER-HAUS RAUM 5.828

TELEFON 030 / 227 77 919

TELEFAX 030 / 227 76 919

EMAIL [erika.steinbach@bundestag.de](mailto:erika.steinbach@bundestag.de)

60435 FRANKFURT AM MAIN

TELEFAX 069 / 548 54 26

15. April 2012

Sehr geehrter Herr Dr. Klement,

vielen Dank für den offenen Brief an alle Bundestagsabgeordneten, in dem Sie auf die in  
weiten Teilen unsachliche Berichterstattung über die politische Lage in Ungarn beklagen.

Ich teile Ihre Sorge in weiten Bereichen. Nicht nur weil ich mich selbst zu den Freunden  
Ungarns zähle würde ich in vielerlei Hinsicht eine wesentlich freundlichere Betrachtung der  
ungarischen Verdienste im Rahmen der Einigung Europas begrüßen.

Mit freundlichen Grüßen

CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

An den  
Vorsitzenden des  
Bundes Ungarischer  
Organisationen in Deutschland e.V.  
Herrn Dr. Kornél Klement  
Ringstraße 16  
63128 Dietzenbach

**Parlamentarischer Geschäftsführer**  
**Stefan Müller MdB**

Büro: Jakob-Kaiser-Haus JKH 3.310  
Telefon: 030 / 227 702 12 / 3  
Telefax: 030 / 227 763 16  
E-Mail: stefan.mueller@bundestag.de  
Internet: www.csu-landesgruppe.de

18.04.2012

Sehr geehrter Herr Dr. Klement,

vielen Dank für den Offenen Brief des Bundes Ungarischer Organisationen in Deutschland e.V. (BUOD) vom 15. März dieses Jahres.

Ungarn und Deutschland verbindet eine enge und auf gegenseitigem Vertrauen gegründete Partnerschaft, die sowohl in regelmäßigen politischen Kontakten als auch in den vielfältigen Beziehungen zwischen beiden Ländern zum Ausdruck kommt. Ebenfalls unvergessen bleibt der Beitrag Ungarns zum Fall des Eisernen Vorhangs, als Ungarn – in den Worten von Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel – „dem Freiheitswillen der Deutschen Flügel verliehen“ und damit eine wesentliche Voraussetzung für die deutsche Wiedervereinigung geschaffen hat.

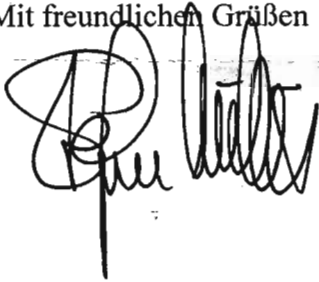
Ich bin entschieden der Auffassung, dass die Diskussion über einzelne Aspekte der ungarischen Verfassungs- und Rechtsordnung konstruktiv, sachorientiert und im Geiste der engen Partnerschaft zwischen unseren Ländern geführt werden muss. Leider lassen die Beiträge der Oppositionsfraktionen im Deutschen Bundestag zu dieser Debatte jedoch genau dies vermissen. Es liegt daher der Verdacht nahe, dass der Opposition weniger an einer ehrlichen Debatte als vielmehr an einer Instrumentalisierung zu parteipolitischen Zwecken gelegen ist.

Ich begrüße es sehr, dass Premierminister Orban wiederholt seine Bereitschaft erklärt hat, die Bedenken der EU-Kommission als Hüterin der europäischen Verträge auszuräumen, um die anhängigen Vertragsverletzungsverfahren rasch zu beenden. Dies spiegelt sich nicht zuletzt in der Tatsache wider, dass viele Fragen bereits einvernehmlich geklärt werden konnten und das Verfahren zum Zentralbankgesetz von Seiten der Kommission derzeit nicht weiter verfolgt wird.

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag wird hinsichtlich dieser Fragen weiterhin den direkten Dialog insbesondere mit der ungarischen Regierung sowie innerhalb der EVP-Parteienfamilie suchen. So hat sich eine Delegation der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag vom 11. bis 13. April dieses Jahres in Budapest vor Ort über die innenpolitische Lage in Ungarn informiert und führende Vertreter der ungarischen Regierung sowie der Regierungsfractionen zu politischen Gesprächen getroffen.

Ein gleichlautendes Schreiben erhält das Vorstandsmitglied des BUOD, Herr Dr. Ákos Barcsay.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Dr. Ákos Barcsay', written in a cursive style.





## Jens Ackermann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Obmann der FDP-Fraktion im Gesundheitsausschuss  
Obmann der FDP-Fraktion im Tourismusausschuss

**Bundestagsbüro**  
Unter den Linden 50  
10117 Berlin-Mitte

Tel: (030) 227 – 71 493  
Fax : (030) 227 – 76 154  
jens.ackermann@bundestag.de  
www.jens-ackermann.info

Jens Ackermann, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

An den  
Bund ungarischer Organisationen  
in Deutschland e.V.  
Herrn Dr. Kornél Klement  
Ringstraße 16  
63128 Dietzenbach

**Wahlkreisbüro**  
Lindenpromenade 18a  
39164 Wanzleben

Tel.: (039209)- 20 907  
Fax : (039209)- 60 347

20. April 2012

### **Ihr Schreiben vom 15. März 2012 – Offener Brief des Bundes ungarischer Organisationen in Deutschland**

Sehr geehrter Herr Dr. Klement, sehr geehrter Herr Dr. Barcsay,

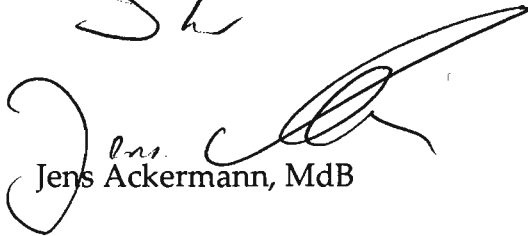
vielen Dank für die Übersendung des offenen Briefes, in dem Sie – völlig zu Recht – Ihre Verärgerung über den Umgang mit Ungarn sowie dessen politischen Reformbemühungen in der Öffentlichkeit sowie Teilen der deutschen und europäischen Politik zum Ausdruck bringen. Als Vorsitzender der Deutsch-Ungarischen Parlamentariergruppe bin ich in ständigem Kontakt mit meinen ungarischen Kollegen, aber auch mit in Deutschland lebenden Ungarn, deren wertvollen Beitrag zum deutschen Gemeinwesen ich sehr anerkenne. Aus vielen dieser Kontakte weiß ich, wie verletzt die meisten über diesen ungerechten, unangemessenen, teils polemischen und undifferenzierten Umgang mit den aktuellen Reformbemühungen in Ungarn sind.

Als Vorsitzender der Deutsch-Ungarischen Parlamentariergruppe setze ich mich für die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten Deutschlands und Ungarns ein. Vor zwanzig Jahren wurde der Freundschaftsvertrag zwischen unseren Ländern geschlossen. Als Freunde sollten wir unseren Kollegen sagen, was wir mit gewisser Sorge betrachten. Wir sollten das jedoch nicht in aller Öffentlichkeit tun, sondern still und ruhig hinter verschlossenen Türen. Dafür setze ich mich ein.

Meine Position zu dem Thema können Sie meinem Plenarbeitrag im Deutschen Bundestag am 23. März 2012 zum ungarischen Mediengesetz entnehmen, das ich

Ihnen in der Anlage zusende. Sollten Sie Fragen dazu haben, stehe ich Ihnen selbstverständlich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Jens Ackermann, MdB

(A) **Jens Ackermann (FDP):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ungarn und Deutschland verbinden besondere Beziehungen. Das wird natürlich auch in Symbolen deutlich. Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Außenseite des Reichstages eine Plakette in deutscher und ungarischer Sprache angebracht ist. Es ist ein einmaliges Symbol, das die besondere Freundschaft unserer Völker zum Ausdruck bringt. Es ist angesprochen worden: Wir haben den Ungarn viel zu verdanken. Die deutsche Wiedervereinigung wäre so nicht möglich gewesen, wenn die Ungarn nicht das erste Glied zerschnitten hätten. Damit haben sie den Eisernen Vorhang, die Mauer, brüchig gemacht. Daran muss man erinnern.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute reden wir über, leider nicht mit Ungarn.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Das ist nun mal im Parlament so!)

Ungarn ist ein Mitglied der EU und gehört zu unserer europäischen Wertegemeinschaft, die durch Freiheit und Demokratie geprägt ist. Die Ungarn sind ein besonders freiheitsliebendes Volk. Dies wird in der Geschichte deutlich – die Ungarn sind Freiheitskämpfer –: 1848, 1956, aber auch 1989. Daran möchte ich erinnern.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Jetzt zum Jahr 2012. In der letzten Zeit wurde viel Kritik an der Politik der ungarischen Regierung geübt. Man sollte jedoch nicht vergessen, dass die große Mehrheit der Mandate unbestritten in freien, gleichen und geheimen Wahlen zustande gekommen ist. Sowohl an der Legalität als auch an der Legitimität dieser Mehrheit besteht keinerlei Zweifel.

Ungarn ist ein Land, welches über eine mit großer Mehrheit demokratisch gewählte Regierungspartei verfügt. Eine solch große Unterstützung im Volk wünscht sich jede Regierung. Die Tatsachen darf man den Ungarn nicht zum Vorwurf machen. Eine solch große Mehrheit ist allerdings stets Verpflichtung, mit ihr sensibel umzugehen.

Es sind Zweifel angebracht – darauf möchte ich hinweisen –, ob die ungarische Regierung das nötige Fingerspitzengefühl gezeigt hat. Sicher gab es seit 2010 Maßnahmen und Vorkommnisse, die zu kritisieren sind. Große Reformen sind angegangen worden, zum Beispiel der Abbau des Haushaltsdefizits oder die Weiterentwicklung des Rentenversicherungssystems. Ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, dass die ungarische Regierung tatkräftig das angepackt hat, was wir momentan von anderen Euro-Ländern erwarten: umfassende strukturelle Reformen.

Ein so wichtiges Gesetz wie das Mediengesetz zu modifizieren, ist eine umfangreiche Arbeit. Das Ganze birgt die Gefahr, Fehler zu machen. Solche Fehler sind auch angesprochen worden. Der Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist leider über ein Jahr alt. Inzwischen gab es positive Bewegungen und Veränderungen. Nach der Kritik der Europäischen Kommission hat die Regie-

runge mehrere Paragraphen des Gesetzes zu Beginn des Jahres 2011 korrigiert. Trotzdem hat das Verfassungsgericht Ungarns noch bestimmte Punkte aufgegriffen. Dies zeigt, dass das demokratische System in Ungarn funktioniert.

Nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts Ungarns am 19. Dezember 2011 wurden einige Punkte als nicht verfassungskonform erklärt: Verpflichtung zur Offenlegung der Quellen. Das Institut des Beauftragten für Medien verstößt gegen die Pressefreiheit und ist überflüssig. Bei der Aufklärung eines Falls darf der Medienrat bei den Medienanbietern nicht um mehr Daten als nötig bitten, um weitere Ermittlungen zu führen. – Die Fraktion der FDP hat sich kritisch über solche Passagen geäußert. Deshalb begrüßen wir besonders die Entscheidung des Verfassungsgerichts, nach der die Quellen der Journalisten geschützt werden müssen.

(Beifall bei der FDP)

In dem Antrag, der heute diskutiert wird, geht es auch um den ungarischen Radiosender *Klubradio*, der kritische Berichte über die Regierung sendet. Nach einer Entscheidung des Gerichtes in Budapest vom März dieses Jahres war die Vergabe der Frequenzen an einen anderen Sender nicht korrekt. Es wurde deutlich gemacht: Das demokratische System funktioniert auch hier. Es bestehen gute Chancen, dass *Klubradio* weiterhin senden und seine Frequenzen behalten kann. Das bestätigt sogar der Generaldirektor von *Klubradio*. Damit wird ein akutes Problem in der Debatte um die oppositionellen Medienmöglichkeiten gelöst.

Ich komme zu den Vertragsverletzungsverfahren. Die Europäische Kommission hat im Januar dieses Jahres auf drei Gebieten ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet: erstens wegen Missachtung der Unabhängigkeit der Zentralbank, zweitens wegen Missachtung der Unabhängigkeit der Justiz – Pensionierung von Richtern durch Herabsetzung des Renteneintrittsalters – und drittens wegen Missachtung der Unabhängigkeit von Datenschutzbeauftragten. Die Verfahren auf dem zweiten und dritten Gebiet laufen derzeit noch. Beim ersten Punkt, Zentralbank, gibt es unterschiedliche Auffassungen zwischen der Kommission und der ungarischen Regierung. Die Diskussionen sind noch nicht abgeschlossen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wenn man mit dem Finger auf andere zeigt, so weisen immer drei Finger auf einen selbst zurück. Ich möchte daran erinnern: Das Thema Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten hat uns im Jahre 2010 ebenfalls eine Rüge aus Luxemburg beschert. Gegen Deutschland laufen derzeit 80 weitere Vertragsverletzungsverfahren. Das anzumerken, gehört zur Ehrlichkeit dazu. Wir sollten hier nicht mit zweierlei Maß messen.

Herr Kollege Roth, Sie haben die Rechtsstaatlichkeit angesprochen. Das ist ein hohes Gut, das wir verteidigen wollen. Ich möchte auf Folgendes hinweisen: Ungarn: ein Land mit 10 Millionen Einwohnern; Nordrhein-Westfalen: ein Land mit 17 Millionen Einwohnern. Dort hat die rot-grüne Regierung versucht, einen Haushalt

Jens Ackermann

- (A) vorzulegen, der eindeutig verfassungswidrig ist, und darüber abstimmen zu lassen. So viel zur Rechtsstaatlichkeit von Rot-Grün.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Genau so ist das! – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Fremdschämen! – Stefan Liebich [DIE LINKE]: NRW, das Ungarn Deutschlands!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vorhin ist das Thema Freundschaft angesprochen worden. In diesem Zusammenhang möchte ich darum bitten, dass wir fair, sachlich und mit der entsprechenden Würde mit unseren Freunden und Partnern umgehen. Wir können die Kritikpunkte ansprechen, allerdings sachlich und verbindlich im Ton. Dann, denke ich, können wir zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit auf Augenhöhe zurückkehren. Wir sollten hier im deutschen Parlament keine ungarische Innenpolitik vertreten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Kollege Manuel Sarrazin das Wort.

**Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst kann man diesem Hause nicht vorwerfen, nicht auch mit Ungarn zu reden. Ohne die ungarische Botschaft jetzt zu sehr loben zu wollen, kann ich sagen: Es gibt wohl kaum einen Botschafter, der so sehr dafür sorgt, dass wir mit allen Meinungen im Dialog sind. Deswegen kann der Vorwurf, wir redeten nur über und nicht mit Ungarn, dieses Haus nicht wirklich treffen. Herr Wadephul, ich muss vor allem die ungarische Botschaft davor schützen, dass diese Behauptung hier so im Raume stehen bleibt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Johann Wadephul [CDU/CSU])

Wir haben mit diesem Antrag ein Interesse an der Versachlichung der Debatte. Wenn Sie ihn lesen, merken Sie das auch. Entschuldigung, aber Sie haben bei dieser Debatte dieses Interesse ad absurdum geführt und alle möglichen Argumente bemüht, anstatt dem sehr konnotierten und prononcierten Stil dieses Antrags folgen. Das finde ich schade.

Ich kann mich allem anschließen, was Sie über die Geschichte Ungarns und Deutschlands gesagt haben. Ich würde sogar so weit gehen, zu sagen, dass die Vereidigung von Joachim Gauck morgen ohne Ungarn eigentlich nicht denkbar wäre; da sind wir uns einig. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass Jagland, der Generalsekretär des Europarates, heute in der *FAZ* sagt – Zitat –:

... es gehe nicht darum, Ungarn von außen Regeln aufzudrängen: „Es geht um Verpflichtungen, die Ungarn sich selbst auferlegt hat ...“

(Dr. Johann Wadephul [CDU/CSU]: Ja!)

(C)

Das ist richtig. Wir alle haben den Vertrag von Lissabon und die Beitrittsakten unterschrieben. Damit haben wir uns zu den europäischen Werten aus dem EUV und aus der Grundrechte-Charta bekannt.

Wir haben zusammen mit der SPD diesen Antrag vorbereitet, weil wir uns um diese Grundwerte und Grundrechte in Ungarn Sorgen machen.

(Dr. Johann Wadephul [CDU/CSU]: Sie sind aber nicht Herr Jagland! – Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Sie müssen ganz andere Sorgen haben!)

Mit diesen Sorgen stehen wir eben nicht allein da. Ich muss Ihnen sagen: Da geht es nicht nur um das Mediengesetz. Nach Verabschiedung der neuen Verfassung im April 2011 hat das Auswärtige Amt in Person von Herrn Hoyer formuliert:

Unsere im Zusammenhang mit den Mediengesetzen aufgetretenen Befürchtungen werden mit der heute verabschiedeten Verfassung – und ihrem Zustandekommen – bestärkt statt entkräftet.

Es ist doch eine eindeutige Sache, dass wir eigentlich gar nicht so weit voneinander entfernt sind. Wenn wir uns mit diesem Antrag aber eindeutig im Rahmen der Haltung der Bundesregierung befinden, frage ich mich: Warum konnten CDU/CSU und vor allem die FDP bei der Entwicklung dieses Antrags eigentlich nicht mitmachen? Das ist mir wirklich ein Rätsel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

(D)

Es geht in unserem Antrag nicht darum, über einzelne ungarische Gesetze zu sprechen oder der ungarischen Regierung zu erklären, wie man Politik macht. Es geht darum, dass wir uns als Teil der Europäischen Union über Grundwerte und Grundrechte in der EU Gedanken machen müssen. Wer behauptet, dass solch eine Debatte nicht hierher gehört, hat etwas nicht verstanden.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die EU ist nicht einfach ein Verbund souveräner Nationalstaaten; wir sind eine Gemeinschaft, die auf Werten basiert. Zur Funktionsfähigkeit der europäischen Demokratie gehört auch, dass die Demokratien in den Mitgliedstaaten funktionieren.

Wir machen uns ganz konkrete Sorgen. Ich könnte Ihnen drei Beispiele vortragen, werde es aber zeitlich nicht schaffen. Ein Punkt ist mir dennoch sehr wichtig: die Rechte der parlamentarischen Opposition. Ich bin oft in Budapest gewesen; viele Gäste aus Budapest sind hier. Die Opposition legt uns immer wieder dar, dass die neue Hausordnung des Parlaments dazu führt, dass Gesetze nicht mehr adäquat beraten und diskutiert werden können, bevor sie verabschiedet werden.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Ja! Wie bei Putin!)



**Karl Holmeier**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Karl Holmeier, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Herrn Dr. Kornél Klement  
Herrn Dr. Ákos Barcsay  
Bund Ungarischer Organisationen in  
Deutschland e.V.  
Ringstr. 16  
63128 Dietzenbach

**Deutscher Bundestag**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Jakob-Kaiser-Haus  
Telefon 030 227 – 7 21 00  
Fax 030 227 – 7 68 65  
E-Mail: karl.holmeier@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Schwandorf**

Pesslerstraße 1  
92421 Schwandorf  
Telefon 09431–96 04 29  
Fax 09431–96 04 34

**Wahlkreisbüro Cham**

Dr.-Karl-Stern-Straße 4  
93413 Cham  
Telefon 09971–99 63 700  
Fax 09971–99 63 701  
E-Mail: karl.holmeier@wk.bundestag.de

24. Mai 2012

**Ihr offener Brief zur Lage in Ungarn**

Sehr geehrter Herr Dr. Klement,  
Sehr geehrter Herr Dr. Barcsay,

vielen Dank für Ihren Brief vom 15. März 2012, in dem Sie sich kritisch zur öffentlichen Berichterstattung über Ungarn und zur Beurteilung Ungarns aus Teilen der deutschen Opposition äußern. Als Berichterstatter für Ungarn im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union teile ich Ihre Einschätzungen und begleite die Debatte ebenfalls sehr kritisch.

Die ungarische Freundschaft ist für mich und meine Fraktion, die CDU/CSU, von sehr großer Bedeutung. Gerade im Jahr des Jubiläums 20 Jahre Deutsch-Ungarischer Freundschaftsvertrag finde ich es überaus bedauerlich, dass unsere ungarischen Freunde derart an den Pranger gestellt werden. Meine Fraktion und ich sind davon überzeugt, dass Ungarn auf einem guten Weg ist, das Land mit dringend notwendigen Reformen voranzubringen. Dies habe ich vielfacher in meinen Reden im Bundestag betont.

Zu Ihrer Information füge ich Ihnen als Anlage das Redemanuskript einer meiner letzten Reden zu diesem Thema bei und ich würde mich freuen, wenn Sie die darin zum Ausdruck gebrachte Solidarität mit Ungarn an die Mitglieder Ihres Vereins und andere interessierte Personenkreise weitergeben.

Mit freundlichen Grüßen

Karl Holmeier

**Anlage**



## **REDEMANUSKRIPT**

Plenarsitzung – TOP 16

**16. a. Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen „Ehrlicher Dialog über Grundwerte und Grundrechte in Ungarn“**

**- Drs. 17/9032-**

**b. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union zu dem Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen „Das ungarische Mediengesetz - Europäische Grundwerte und Grundrechte verteidigen“**

**- Drs. 17/4429, 17/8710 -**

22. März 2012

**Es gilt das gesprochene Wort!!!**



Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen,  
meine Damen und Herren,

„Die Ungarn haben dem Freiheitsgedanken der Deutschen Flügel verliehen“.

Dieses Zitat stammt von unserer Bundeskanzlerin anlässlich eines Besuches in Ungarn im Jahr 2009.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die **Kanzlerin hat Recht**.

Ungarn war immer ein **freiheitsliebendes Volk** und gerade wir Deutschen haben den Ungarn aufgrund dieser Freiheitsliebe sehr **viel zu verdanken**.

Ich wage sogar die These zu sagen, dass die **deutsche Einheit** ohne das Vertrauen der ungarischen Freunde in die Freiheit, nicht möglich gewesen wäre.

Das scheinen einige inzwischen völlig vergessen zu haben.

Seit dem Regierungswechsel im Jahr 2010 sieht sich Ungarn **heftiger Kritik** ausgesetzt – vor allem auch von Seiten der **deutschen Opposition**.

Der ungarischen Regierung wird vorgeworfen, dass sie europäische Grundwerte verletzt sowie **Demokratie und Rechtsstaatlichkeit missachtet**.

Wenn man sich das so anhört, gewinnt man den Eindruck, wir reden hier über **weißrussische Zustände**.

**Statt** im **Jubiläumsjahr** des deutsch- ungarischen Freundschaftsvertrages einen **Antrag** zur Würdigung dieser Freundschaft einzubringen, haben die Oppositionsfraktionen im Deutschen Bundestag **nicht besseres zu tun**, als unsere ungarischen **Freunde zu brüskieren** und ihnen das **Verständnis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit abzusprechen**.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann hier nur allen **ans Herz legen, den Weg zu Sachlichkeit und respektvollem Umgang zurückzufinden!**

Hören Sie auf, mit pauschaler Kritik ein **ganzes Volk öffentlich an den Pranger** zu stellen.

Dies gilt **erst recht für das ungarische Volk**, dem wir Deutsche historisch in ganz besonderer Weise verbunden sind!

Wenn Sie sachlich Kritik anbringen möchten, meine sehr verehrten Damen und Herren, tun Sie dies **doch bitte im direkten Dialog** mit den ungarischen Kollegen.



Aber nicht in der unwürdigen Weise, in der dies zurzeit geschieht!

---

Ja, in Ungarn regiert eine 2/3 Mehrheit. Die Regierungspartei wurde mit einer **überwältigenden Mehrheit** der Bevölkerung gewählt.

Dieses Ergebnis hatte seinen Grund in der **katastrophalen Bilanz** der Vorgänger-regierungen.

Und **dieses demokratisch zustande gekommene Ergebnis sollte jeder respektieren.**

Mit der jetzigen Mehrheit ist die Regierung Orban in der Lage, **jahrelang aufgeschobene Reformen** anzustoßen und dies tut sie auch.

Sicher stoßen die zahlreichen **Reformen und ihre schnelle Umsetzung bei dem ein oder anderen auf Kritik**. Das ist halt so in einer Demokratie und das ist auch gut so.

Zum Teil ist die Kritik in der Sache vielleicht sogar berechtigt.

Aber:

1. Der Deutsche **Bundestag hat nicht darüber zu befinden**, ob die Verfassung und die Gesetze anderer Länder gegen EU-Recht verstoßen. Darum kümmert sich derzeit die **EU-Kommission** und gegebenenfalls der **EuGH**;
2. Es ist **inakzeptabel** und aus meiner Sicht ein diplomatischer Fehltritt erster Güte, einen **anderen Staat aufzufordern, seine eigene Verfassung** einem Dritten zur **Überprüfung** vorzulegen.

Das widerspricht jedem Selbstverständnis eines souveränen Staates.

und

3. sollten alle einmal die Tatsache zur Kenntnis nehmen, dass den Kritikern im In- und Ausland **nach wie vor eine Mehrheit von ungarischen Bürgerinnen** und Bürgern gegenübersteht, die die ungarische **Regierungspolitik befürworten**.

Ich mahne daher dringend dazu, diese **Menschen nicht vor den Kopf** zu stoßen.

Noch einmal: **Finden Sie den Weg zu Sachlichkeit und zu respektvollem Umgang zurück!**

Ich sehe mich an dieser Stelle gezwungen, einfach einmal auf die **Tatsachen hinzuweisen und die Rechtswirklichkeit darzustellen:**

Ich weiß nicht, wie viele von den Kritikern sich die ungarische Verfassung einmal angesehen haben.





Wer sich die Mühe macht wird sehen, dass **Ungarn über eine Verfassung verfügt, die ausführlich die Grundrechte und Grundfreiheiten anerkennt** und diese festschreibt.

An dem **Bekenntnis zu Gott** und zum Christentum in der ungarischen Verfassung **kann ich nichts Anstößiges erkennen**. Das gehört ohne Zweifel zur **europäischen Geschichte** und findet sich daher **auch im deutschen Grundgesetz**.

Ein sehr **gutes Beispiel** dafür, dass das ungarische **Verfassungsgefüge intakt** ist, ist das vielfach gescholtene **Mediengesetz**.

Das ungarische **Verfassungsgericht** hat wesentliche Teile dieses Gesetzes kassiert und damit **gezeigt, dass Meinungsfreiheit und Pressefreiheit in Ungarn nach wie vor gelten**.

Dieses Urteil muss die ungarische Regierung **jetzt umsetzen** und sie hat auch **zugesichert**, dies zu tun.

Das **Ergebnis** werden dann die **zuständigen Organe beurteilen**, u.a. auch die europäische Kommission, **nicht** aber der Deutsche **Bundestag**, meine sehr verehrten Damen und Herren!

---

**Dies gilt im Übrigen auch mit Blick auf die eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren.**

Tatsache ist, dass es

1. nichts **Ungewöhnliches** ist, wenn die EU-Kommission Vertragsverletzungsverfahren einleitet. **Auch gegen Deutschland** laufen zahlreiche solcher Verfahren.
  2. Tatsache ist auch, dass **Ungarn ordnungsgemäß** zu den Fragen der Europäischen Kommission **Stellung** genommen und **Änderungen angeboten** hat.
- und
3. gehört es zu den Tatsachen, dass zwischenzeitlich bereits bei einem **Großteil der Fragen ein Kompromiss gefunden** werden konnte.

Davon ist allerdings in dem Antrag der Opposition keine Rede.

Es wird offenbar auch ausgeblendet, dass sich der Punkt zum **Zentralbankgesetz weitgehend erledigt** hat.

Die zwei **übrigen Verfahren laufen noch** und ich halte es für **unangemessen**, sich hier seitens des Deutschen Bundestages in das Verfahren **einzumischen**.

Vor allem finde ich es **anmaßend**, die EU-Kommission „ermuntern“ zu wollen, hier ordnungsgemäß und **gründlich zu prüfen**. Ich denke nicht, dass die Kommission derart weise Ratschläge notwendig hat.



Eine weitere Tatsache, die ich hier aufzählen muss, ist auch, dass es sich **bei den kritisierten sogenannten Kardinalgesetzen**

- um gerade einmal **zwei neue** Kardinalgesetze handelt.  
2/3-Gesetze gibt es in Ungarn **schon seit 1990**. Aus den bisherigen 28 sind jetzt lediglich 30 geworden.  
Hier wurde also **kein neues Konstrukt** in Ungarn gefunden.
- Außerdem finden beim Thema **Parteienfinanzierung bereits fraktionsüber-greifende Gespräche statt**, so dass also auch die Opposition beteiligt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zusammenfassend muss ich leider feststellen, dass der **angebliche „ehrliche Dialog“**, den die Opposition hier führen möchte, **alles andere als ehrlich** ist.

Es **mangelt** vor allem stark am **notwendigen Respekt** gegenüber einem befreundeten europäischen Land und dessen Menschen.

Und leider benennt der Antrag der Opposition die **Tatsachen auch nicht in der gebotenen Ehrlichkeit**.

Ich möchte mich daher an dieser Stelle in aller Form **beim ungarischen Volk und der ungarischen Regierung** für die Kampagne der deutschen Oppositionsfraktionen **entschuldigen**.

Vielen Dank!